

TRANSPARENT

Informationen der SP Stadt Solothurn – Nr. 4 – April 2021

Editorial

Präsidium

Liebe Genoss*innen

Vor etwas mehr als einem halben Jahr haben wir Lea Wormser aus dem Präsidium verabschiedet. Es war ein schwieriges Jahr. Seither haben Annina und ich die Partei als Co-Vizepräsidium geleitet. Wie an der letzten GV angekündigt, sind wir auf der Suche nach einem neuen Präsidium.

Auf unseren Aufruf hat sich von Ausserhalb niemand gemeldet und so haben wir intern die Vakanz immer wieder diskutiert. Langsam kommt das Ende des Wahlkampfes und je näher es kommt, desto mehr kann ich mir vorstellen, das Präsidium zu übernehmen.

Vorstellen kann ich es mir, weil es mit einer solch engagierten Partei Spass macht zu politisieren. Sei es im Vorstand, in der Fraktion, an den Versammlungen, in den Kommissionen, Arbeitsgruppen u.s.w.

Ein weiterer Grund für meine Bewerbung ist, dass wir im Vorstand in einem sehr spannenden Prozess stehen. Mit Claudio Marrari im Präsidium, habe ich den Start des Ressortsystem miterlebt. Seitdem wurde es, auch mit Lea Wormser als Präsidentin, immer wieder angepasst und weiterentwickelt. Das würde ich gerne weiterverfolgen und weitergestalten.

Klar, dies könnte ich auch als Vorstandsmitglied. Deshalb kann ich euch versprechen, dass ich weiterhin gerne per Mail Bewerbungen für das Parteipräsidium entgegennehme. Ebenso freue ich mich über virtuelle Saalkandidaturen.

Denn in einer lebendigen Partei wie die SP soll das beste Argument überzeugen.

Herzliche Grüsse

Pierric Gärtner



Fotografie: Gerd Müller

Einladung zur digitalen Generalversammlung

Mittwoch, 26. Mai 2021, 19.30 Uhr, via Microsoft Teams

Traktanden

1. Begrüssung
2. Protokoll der letzten Generalversammlung
3. Mutationen
4. Bericht aus dem Präsidium
5. Bericht aus der Fraktion
6. Bericht aus den Arbeitsgruppen
7. Rück- und Ausblick Wahlen
8. Wahlen Vorstand
 - a. Präsidium
 - b. Vizepräsidium
 - c. Vorstandsmitglieder
 - d. Kassier
9. Jahresrechnung
10. Budget 2021
11. Verschiedenes

Der Link wird eine Woche vor der Versammlung versendet. Wer keine Mail hinterlegt hat oder sich unsicher ist bezüglich der Mail oder der digitalen Versammlung, darf sich an Pierric Gärtner wenden (pierric.gaertner@spstadtso.ch oder 079 247 32 42).

Die drei Vorlagen vom 13. Juni 2021



Das wird ein happiger und spannender Abstimmungssonntag. Der 13.6.21 hat das Zeug, unsere Schweiz solidarisch gerecht und nachhaltig zu verändern.

Solidarisch:

Covid 19 Gesetz: Wer mit dem Personal der Spitäler AG, der Spitex oder auch z.B. vom Vini, dem Baseltor, vom Chuchilade, seinem Lieblingsschuhhaus oder dem Quartierlädeli gesprochen hat erkennt, was die Pandemie für Hunderttausende Menschen und Unternehmen bedeutet: eine massive körperliche und psychische Belastung, eine finanzielle Notlage schlicht und einfach Leid und Angst. Um Leid und Angst zu mildern, Arbeitsplätze und Löhne zu sichern ergriff der Bundesrat zum einen Massnahmen, um die Bevölkerung vor einer Virusansteckung und die Spitäler vor einer Überlastung zu schützen. Dabei konnte er sich auf das Epidemien-gesetz stützen. Zum anderen beschloss er Massnahmen zur Unterstützung von Menschen und Unternehmen, die unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie litten. Da das Epidemien-gesetz keine solchen Massnahmen vorsieht, stützte sich der Bundesrat dabei direkt auf die Bundesverfassung. Diese erlaubt es ihm, bei unmittelbar drohender Gefahr per

Notrecht Massnahmen zu ergreifen. Solches Notrecht ist stets auf sechs Monate befristet. Sollen die direkt gestützt auf die Verfassung eingeführten Massnahmen länger gelten, müssen Bundesrat und Parlament ein Gesetz erarbeiten. Dies haben sie im aktuellen Fall mit dem Covid-19-Gesetz getan. Wenn die Stimmbevölkerung das Covid-19-Gesetz ablehnt, tritt es ein Jahr nach der Annahme durch das Parlament ausser Kraft. Nicht die Regierungen, sondern die Direktbetroffenen der Corona-Krise würden damit geschädigt, weil die Rechtsgrundlage für weitreichende Wirtschaftshilfen verloren ginge. Bei einem Nein stehen die Kantone alleine da. Sie können den Ausfall der wegfallenden Bundesgelder nicht kompensieren, was unweigerlich negative Folgen für das Vini oder Industrie, das Schuhhaus deines Vertrauens, den Coiffeur oder die Quartierlädeli hat, denn auch bei einem Nein ist der Bundesrat berechtigt und verpflichtet die Ausbreitung der Pandemie weiterhin mit Massnahmen zu bekämpfen und könnte also weiterhin Läden und Restaurants schliessen oder Veranstaltungen verbieten, wenn es die epidemiologische Lage erfordern würde.

Gerecht:

Das neue Bundesgesetz über po-

lizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) soll der Polizei mehr Möglichkeiten einräumen, ausserhalb des Strafrechts Massnahmen zu ergreifen um vermeintliche Gefährder*innen zu stoppen. Mit dem PMT erhält die Polizei weitreichende Möglichkeiten, präventiv gegen Menschen vorzugehen, die sie für gefährlich hält – von Fussfesseln, Wegweisungen und Rayonverboten für Kinder ab zwölf Jahren bis zu Hausarrest für Personen ab fünfzehn Jahren. Nötig ist dafür nichts weiter als die Annahme, dass jemand gefährlich sei.

So wird die Polizei gleichzeitig Richter und Henker.

Die Begriffe in der Gesetzesvorlage sind schwammig formuliert. Ob jemand als Gefährder*in eingestuft wird, entscheidet sich allein aufgrund einer polizeilich-geheimdienstlichen Prognose. Auch hier basieren die Anordnungen der Massnahmen auf Vermutungen über Absichten und mögliche künftige Taten.

Das PMT definiert eine «terroristische Aktivität» als «Verbreitung von Furcht und Schrecken» mit politischen Absichten. Eine Straftat, die Androhung oder Ausübung von Gewalt ist keine Voraussetzung. So kann legitimer politischer Protest als «terroristisch» verfolgt werden (z.B. Klimastreik, Querdenker).

Die Definition in einem Gesetz ist wie ein Fernrohr: Es definiert, wohin die Polizei schauen soll. Wo-hin soll die Fedpol also schauen? Der oder die Einzelne denkt beim Ruf nach mehr Gesetz und Ordnung vielleicht, die Verschärfungen würden sie eh nicht betreffen. Der Bundesrat beteuert, dass man es nicht übertreiben und die demokratischen Freiheiten schützen werde. Doch wenn das Gesetz so schwammig formuliert ist, dann ist der Schutz der Meinungsfreiheit definitiv aufgeweicht. Sie tun so, als ob sich das Gesetz und die Massnahmen

nur gegen Islamisten richten. Die Erfahrung, auch gerade in der Schweiz zweigt, dass sie zuerst bei denen angewendet werden, die auf keine Lobby und keinen breiten Rückhalt in der Bevölkerung zählen können. Wer zu Unrecht verdächtigt und mit Zwangsmassnahmen belegt wird, muss beweisen, dass er in Zukunft ungefährlich ist – das ist unmöglich! Aufhebung der Unschuldsvermutung, ein Grundsatz unseres Rechtsstaates. Die präventiven Massnahmen werden zwangsläufig Menschen treffen, von denen nur vermeintlich eine Gefahr ausgeht.

Es steht ausser Frage, dass Terrorismus eine starke Antwort unserer

Institutionen erfordert, welche im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit erfolgt. Das PMT ist ein Frontalangriff gegen die Rechtsstaatlichkeit. Es öffnet der Willkür Tür und Tor, schafft die Unschuldsvermutung ab, verletzt die Menschenrechte, es ermöglicht den Freiheitsentzug bei Kindern.

Es ist ein Gesetz, dessen bedrohliches Potenzial der Uno-Experte für Folter, Nils Melzer, so beschrieb: «Was die Schweiz dann noch von einem repressiven Polizeistaat trennt, ist unser Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand der Behörden.»

Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar.

Nachhaltig:

Luft - Wasser - Erde schützen. Das können wir am 13.6.21 mit einem 3 fachen JA. Co2 Gesetz, Trinkwasserinitiative, Pestizidinitiative. Erlaubt mir, dass ich hier einfach schreibe: Material bestellen, Leserbriefe schreiben, Aufklärung betreiben. Und vor allem: Fragt eure Biobauern des Vertrauens ob sie zur Trinkwasserinitiative stehen oder nicht. Meiner tut es mit Überzeugung und schämt sich ob den fadenscheinigen, Geld gesteuerten Argumenten des Verbands Biosuisse fremd.

Franziska Roth

KANTONAL

Das neue Kantonalsekretariat stellt sich vor

Das kantonale Parteisekretariat wird zukünftig im Jobsharing geführt. Wir, das sind Fabian aus Balsthal und Niels aus Solothurn. Während Fabian für den unteren Kantonsteil zuständig ist, bin ich persönlich die Ansprechperson für die Sektionen in Solothurn-Lebern und Bucheggberg-Wasseramt. Desweiteren läuft die technische Administration, Kommunikation sowie der Social-Media Auftritt über mich und Fabian übernimmt die Aufgabe als Sekretär der Kantonsratsfraktion. Wer sich zum politischen Influencer berufen fühlt kann sich also bei mir melden!

Wir sind als Sekretariat auch für euch als Ortsektion ansprechbar und immer offen für Vorschläge und Rückmeldungen. Wenn ihr ein Anliegen habt, wendet euch grundsätzlich zuerst an mich. Damit geht ihr nie falsch.

Welche Bedeutung hat für uns im Kanton die SP Stadt Solothurn?

Die SP Stadt ist eine der grössten und stärksten Sektionen im Kanton.

Genau wie die Stadt eine regionale Ausstrahlung hat, hat die Stadtpartei einen grösseren Einfluss in der Region. Eure Standaktionen am «Märit» werden von Menschen aus den umliegenden Gemeinden wahrgenommen. Als Freizeit- und Kulturzentrum der Region verbringen viele SP-Mitglieder*innen aus anderen Sektionen ihre Zeit in der Stadt. Solothurner Kommunalpolitiker*innen beeinflussen mit ihren Entscheiden auch die Politik in Zuchwil und Biberist. Und wie andere Stadtsektionen hat die SP Stadt Solothurn dank des Zuzugs von jungen Menschen aus der Umgebung weniger ein Nachwuchsproblem!

Ein persönliches Ziel von Fabian und mir wäre es, dass alle drei Stadtpräsidien im Kanton Solothurn bis 2025 in SP Händen sind. Man könnte die von der SP regierten Städte poetisch «die drei Lichter vom Weissenstein» nennen. Eine grosse Chance zur Erfüllung dieses Ziels haben wir bereits diesen Sommer mit der Wahl von Stefanie Ingold ins Stadtpräsidium. Die Kantonalpartei konnte dabei tatkräftig mithelfen. Die Erfahrungen, die wir aus dem

Kantonsratswahlkampf gewonnen haben, konnten für die Basiskampagne von Stefanie Ingold eingesetzt werden. Wer sich noch nicht für die Basiskampagne in irgendeiner Form engagiert hat, soll dies doch noch tun. Uns vom kantonalen Parteisekretariat würde es freuen, in der ersten von uns gestalteten Ausgabe des Links SO den phänomenalen Wahlsieg von Stefanie Ingold verkünden zu können.

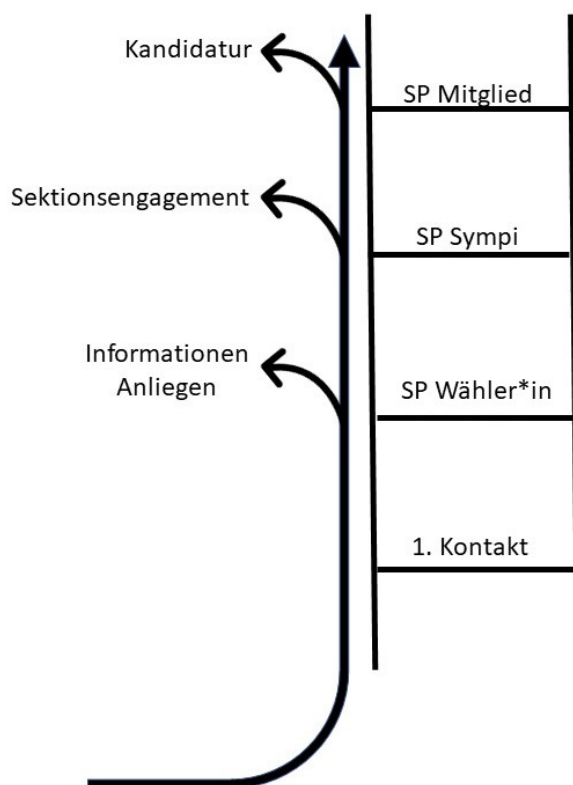
Solidarische Grüsse

Niels (& Fabian)



KOMMUNAL

Stefanie Ingold ins Stadtpräsidium katapultieren!



Wahlen haben in der Schweiz immer mit der Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft zu tun. Bei Stimmbeteiligungen zwischen 30 und 50% geht es nicht darum, Menschen von unseren Argumenten zu überzeugen. Es geht darum möglichst viele sozial und links denkende Menschen an die Urne zu bringen.

Wir wissen aus der Forschung, dass der direkte Kontakt mit einer Person den grössten Einfluss auf Menschen hat. Genau das ist das Prinzip der Basiskampagne, die von der SP in der Schweiz seit einigen Jahren vermehrt eingesetzt wird. Wähler*innen werden durch den direkten Kontakt mit einem SP Mitglied mobilisiert. Die Basiskampagne ist immer auch Aufbauarbeit für die Zukunft. Jeder Kontakt mit der SP kann interessierte Wähler*innen näher an die SP binden und aus ihnen können SP Sympis werden, die von den Ortssektionen kontaktiert werden. Ein

SP Sympi kann durch regelmässigen Kontakt sogar zu einem Mitglied werden, das sich für eine Kandidatur zur Verfügung stellt. So kann bei jedem Schritt auf der «Leiter» dank der Basiskampagne etwas herausgeholt werden.

Wir haben eine gute Ausgangslage am 13. Juni. Bei den eidgenössischen Abstimmungen stehen 5 kontroverse Vorlagen auf den Stimmzetteln. Vier davon, das CO₂-Gesetz, die Trinkwasser- und Pestizidinitiative und das Terrorgesetz mobilisieren stark auf der linken Seite. Wir rechnen deshalb am 13. Juni mit einer hohen Stimmbeteiligung. Das wird sich auch auf die Stadtpräsidiumswahl auswirken. Bei einer hohen Stimmbeteiligung entfalten die Telefonaktionen nicht ihre ganze Wirkung (eine erste Lehre aus dem Kantonsratswahlkampf). Wenn viele Wähler*innen schon motiviert sind, wie können wir als SP den Unterschied in der Mobilisierung

ausmachen?

2017 wurden insgesamt 5200 Stimmzettel bei der Stapiwahl abgegeben. Bei einem knappen Ergebnis werden 500 Stimmen diese Wahl entscheiden. Wir haben deshalb jetzt die Chance etwas auszuprobieren: Eine kleine, auf eine sehr spezifische Wähler*innengruppe zugeschnittene Basiskampagne. Wir werden gezielt Frauen ansprechen. Unsere Botschaft: Wir feiern 50 Jahre Frauenstimmrecht, Solothurn verdient jetzt eine Frau als Stadtpräsidentin! Schaffen wir es, CVP/GLP Anhängerinnen von Stefanie Ingold zu überzeugen, haben wir die 500 Stimmen Unterschied geschafft! Und wir feiern die Wahl einer linken Stadtpräsidentin!

Mit dieser Strategie der kleinen, gezielten Basiskampagne hat es die SP geschafft, im bürgerlichen Davos zum ersten Mal das Stadtpräsidium zu erobern. Diese Art der Mobilisierung für uns eine Probe für weitere lokale Exekutivwahlen im Kanton. Eines ist für mich persönlich klar: Wir haben eine tolle Kandidatin, wir haben eine historische Chance, wir haben eine gute Ausgangslage und wir haben ein gezieltes Mittel, um wichtige Wähler*innengruppen anzusprechen. Und ich will mich nicht 8 Jahre lang fragen: Hätten wir es geschafft, wenn wir noch mehr...? Deshalb geben wir Vollgas! Falls ihr euch noch nicht für den Wahlkampf von Stefanie Ingold angemeldet habt, meldet euch noch!

Niels Kruse

THEMA

Die aktuelle Situation der Gastrobetriebe in Solothurn - aus dem Kreuz

Gastrobetriebe erleben schwierige Zeiten. Wie halten sie sich trotz Pandemie und Schliessungen über Wasser? Wie geht es dem Personal? Wie erhalten Sie Unterstützung? In dieser Ausgabe kommt die **Genossenschaft Kreuz** zu Wort.

Ein vorläufiger, persönlicher Rückblick



Das Kreuz ist seit bald 50 Jahren eine Solothurner Institution. Während die Genossenschaft Baseltor zum grössten Gastroplayer der Stadt geworden ist, mit einer ganzen Reihe von Restaurants, Hotels und Bars, spielt das Kreuz in einer anderen Liga. Felix Epper ist Mitglied der Geschäftsleitung der Genossenschaft Kreuz und berichtet hier aus persönlicher Sicht über seine Erfahrungen der letzten 14 Monate.

Shutdowns, Wiederöffnungen mit strengen Auflagen, Abstandsregelungen, Registrationspflicht, Arbeit mit Masken, Schutzkonzepte, die nach kurzer Zeit schon wieder Makulatur sind, Maskenpflicht nun auch für die Gäste, Kurzarbeit, Härtefallfonds,

Mietzinsersuchungs... Was hat uns seit Februar 2020 doch alles beschäftigt, wo wir doch einfach ein Restaurant, eine Bar und einen Saal mit Kulturprogramm betreiben möchten. Schon der normale Alltag im Gastrobereich ist anspruchsvoll, die Verantwortung für unsere 40 Angestellten gross. Im Sommer atmeten wir alle auf. Die Fallzahlen sanken, die Lebensfreude kehrte zurück. Auch der Umsatz stimmte. Dann kamen mit der zweiten Welle neue Auflagen, im November dann die Sperrstunde um 19.00 Uhr. Der zweite Shutdown ab Dezember war mit vier Monaten unglaublich lang. Offen gehalten haben wir einzig das Hotel, das im Winter aber nur wenige Buchungen verzeichnete. So schritt man die alten, knarzig-

Holztreppen oft ganz allein hinunter im Haus an der Kreuzgasse 4 und fühlte sich manchmal von allen, auch den guten Geistern verlassen. Der Januar war traurig. Normalerweise vibriert der Saalboden, wenn die grosse Filmtage-Beiz eröffnet wird. Ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden als Aushilfen beschäftigt. Es ist harte Arbeit, fühlt sich aber auch an wie ein Familientreffen. Die Nächte ziehen sich in die Morgenstunden. Nichts von alledem in diesem Jahr.

Die Öffnung der Terrassen, die Ende April erfolgt ist, verlangt den Restaurants ein weiteres Mal ein Höchstmass an Flexibilität ab. Während ich das schreibe, scheint die Sonne und die Aussichten sind gut. Die Abende sind aber noch alles andere als mild. Wer bleibt da länger sitzen? Was machen wir, wenn das Gewitter eine Stunde früher als angesagt aufzieht und alle in die Flucht treibt (Innenräume sind geschlossen)? Können wir so einigermaßen ausgeglichen wirtschaften? Im Prinzip die falsche Frage. Sie müsste richtigerweise lauten: Wie können wir den grossen Verlust, der sich trotz Kurzarbeitsentschädigungen und versprochenen Härtefallgeldern kumuliert hat, wieder ausgleichen?

Liebe Genossinnen und Genossen. Vergesst eure Lieblingsrestaurants und -Bars nicht – es muss nicht das Kreuz sein. Feiert, wenn es wieder sicher ist, eure Feste in der Beiz, vor allem dann, wenn ihr «Dank» Corona viel Geld gespart habt. Bestellt den besten Wein und denkt beim Tipp daran, dass allen im Gastrobereich Beschäftigten ein halbes Jahr Trinkgeld fehlt. Verdoppeln ist sicher eine gute Formel!

Felix Epper

JAHRESRÜCKBLICK

aus dem Gemeinderat der Stadt Solothurn

Wie immer bei den Jahresrückblicken aus dem Gemeinderat beschränke ich mich auf die wichtigen Themen unserer Fraktion. Wir haben ein sehr erfolgreiches Jahr hinter uns. Viele unserer Vorstösse waren mehrheitsfähig und beeinflussen somit unsere Stadt aus Sicht der Sozialdemokratie auf eine erfreuliche Weise.

Am 21. Januar 2020 fand die erste Gemeinderatssitzung im neuen Jahr statt. Für die SP ein fulminanter Start, da wir gleich zwei wichtige Vorstösse aus unseren Reihen behandeln konnten. Als erstes wurde über meine schon etwas ältere Idee zur Einsetzung einer Kommission für Integration debattiert. Der Impuls für diesen Vorstoss entstand aus einer Diskussion mit Klaus Koschmann im Jahre 2015. Klaus erzählte mir damals von Gemeinden in der Westschweiz, die solche Kommissionen schon länger kennen. Es dauerte schlussendlich vier Jahre bis aus diesem Vorstoss das Vorhaben entstand, eine Kommission für Gesellschaftsfragen zu bilden. Momentan ist eine Arbeitsgruppe daran, das Pflichtenheft zu erarbeiten. Mit grossem Mehr wurde die Idee überwiesen. Einmal mehr hat unsere Fraktion einen wesentlichen Bestandteil zu einer Entwicklung im sozialen Bereich beigetragen.

In der gleichen Sitzung konnten wir einen weiteren Erfolg verbuchen. Die Motion „keine Pensen über 40% im Stundenlohn“ war an der Reihe. Ein Vorstoss, den ich gemeinsam mit Franziska Roth eingereicht habe. Jahrespensen über 40% im Stundenlohn zu entlohnen, ist weder zeitgemäss noch sinnvoll. Auch gegenüber den Arbeitnehmenden fehlt eine plausible Begründung für diese Praxis. Für verantwortungsvolle Arbeitgebende sollte es selbstverständlich sein, dass sämtliche Arbeitnehmende ab 40% zu den gleichen Bedingungen angestellt sind und Feriengelder, Bezahlen von

Feiertagen, Krankentaggeld usw., keine Problematiken mehr darstellen. Es ist auch eine respektvolle Würdigung für die Arbeitnehmenden und bringt die nötige Sicherheit eines regelmässigen und kalkulierbaren Einkommens. Die Vorlage wurde hauchdünn mit 14 Ja gegen 13 Nein bei einer Enthaltung gutgeheissen. Es war eklatant, wie sich die bürgerlichen Stimmen gegen eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Stadt Solothurn gewehrt haben; zum Glück erfolglos.

In der Februarsitzung drehte sich alles um den Mammutbaum im Steingrubenquartier. Der Baum soll im Zuge eines Bauvorhabens gefällt werden. Die SVP hatte zum Schutz dieses Baumes eine Motion eingereicht. Es war allerdings offensichtlich, dass dieser Vorstoss nur eingereicht wurde, um das Bauvorhaben in diesem Quartier zu verhindern. Wir waren angenehm überrascht, dass der Gemeinderat mit 18 Stimmen, trotz öffentlichem Druck und vielen Leserbriefen, diesen Vorstoss ablehnte und der rationalen Argumentation der Verwaltung folgte.

Ende April 2020 stand die Sitzung voll und ganz im Zeichen der Ortsplanungsrevision (OPR). Es war im Übrigen die erste Sitzung, die wir aufgrund der Pandemie ausserhalb des Gemeinderatssaals abhielten, nämlich im Kantonsratssaal. Bis heute konnten wir nicht mehr im Gemeinderatssaal tagen. Zurück zur OPR - wenn wir jetzt diese Debatte detailliert schildern möchten, würde ich ein halbes Buch dazu schreiben. Ich fasse mich deshalb kurz. Man stritt sich hauptsächlich um die Aufzoning im Steingrubenquartier und das Parkplatzreglement. Die konservativen Kräfte in unserer Stadt möchten gerne eine Verkehrspolitik aus den 70'er Jahren zementieren. Trotz anders-

lautenden Anträgen aus dem Gemeinderat konnten sich diese Kräfte leider an der Gemeindeversammlung auch durchsetzen. Das zeigt einmal mehr, dass wir zu wenig mobilisieren, um an den Gemeindeversammlungen unsere Politik auch durchsetzen zu können. Das nehmen wir als Fraktion auch im Sinne einer Selbstkritik an dieser Stelle zur Kenntnis. Erfreulicherweise konnten wir einen Antrag der SP-Fraktion, der GLP-Fraktion und der Grünen betr. Paragraph 21, Dächer mit einer nicht begehbaren Dachfläche von mehr als 150 m² energetisch möglichst vollständig zu nutzen, knapp umsetzen. Bei 29 Anwesenden wurde der Antrag mit 15 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen angenommen.

In der ersten Mai Sitzung gab der Postplatz zu reden. Etwas überraschend fanden die Rückweisungsanträge für die Umgestaltung eine Mehrheit im Rat. Aufgrund dieser Rückweisung wurde das heutige Provisorium umgesetzt. Es ist erstaunlich, wie viele Leute dieses Provisorium bei schönem Wetter in Beschlag nehmen. Diese Zwischennutzungen können durchaus auch einen positiven Aspekt in die Diskussion einbringen, auch wenn sie in diesem Fall ungewollt entstanden ist. Die neue Vorlage für eine Gestaltung dieses Platzes wird demnächst dem Rat vorgelegt.

In der fünften Sitzung Ende Mai wurde die Rechnung verhandelt. Der positive Abschluss gab nicht viel zu reden. Zudem haben wir den Kredit für die Sanierung und Erweiterung für das Vorstadtschulhaus z.H. der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung verabschiedet.

Im Juni wurde der Kredit für Fassaden- und Dachsanierung des Schulhauses Kollegium gutgeheissen. Im Weiteren haben wir den Vorstoss

von Konrad Kocher betr. „Bereitschaft zu zusätzlicher Aufnahme von Flüchtlingen“ diskutiert. Das Postulat wurde mit 14 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als erheblich erklärt. Ich erwähne dieses Abstimmungsergebnis explizit, um aufzuzeigen, dass häufig sehr knapp, aber positiv zu unseren Gunsten entschieden wird.

Kurz vor den Sommerferien fand die 7. Sitzung statt. Wir konnten über einen weiteren SP-Vorstoss aus meiner Feder diskutieren. Es ging um mein Anliegen, dass die Stadt einen Land- und Immobilienkredit über CHF 10 Mio. bei der Gemeindeversammlung beantragen soll für noch nicht konkrete Projekte. Die Stadt Grenchen setzt dieses Instrument schon länger erfolgreich ein, um kurzfristig und pragmatisch auf Situationen im Immobilienbereich reagieren zu können. In der Stadt Solothurn muss jedes Geschäft über 3.0 Mio. an der Urne entschieden werden. Diese Praxis verhindert z.T. strategische Zukäufe im öffentlichen Interesse, wie z.B. das CIS Sportzentrum. Leider wurde dieser Vorstoss mit 16:14 nicht erheblich erklärt.

An der Sitzung nach den Sommerferien wurden viele Vorstösse behandelt. Zwei davon aus unserer Fraktion. Einmal mehr forderten wir den Gratisentrtritt für die Solothurner Bevölkerung in unsere Badi. Näder Helmy und Konrad Kocher formulierten einen entsprechenden Vorstoss mit folgender Begründung:

Die Stadt Solothurn ermöglicht schon heute den Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr den kostenlosen Zutritt in die Badi. Dies wird rege genutzt. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass nicht alle Kinder und Jugendliche dieses Angebot nutzen können, da die finanziellen Möglichkeiten der Eltern es nicht zulassen, die Kinder zu begleiten. Wir sind der Meinung, dass es allen Stadtsolothurner*innen möglich sein sollte, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, die Badi zu benützen. Die Bewegung im Wasser ist nicht nur für Kinder und Jugendliche wichtig, sondern für alle Altersgruppen. So

wird es auch für Rentner*innen mit beschränkten finanziellen Mitteln möglich sein, aktiv etwas für ihre Gesundheitsprävention und -förderung zu tun. Solothurn liegt an einem fließenden Gewässer mit entsprechendem Gefahrenpotential. Die Schwimmkompetenz ist nicht nur für die Kinder essentiell. Aufgrund der Migration besteht die Möglichkeit, dass auch zunehmend Erwachsene nicht über eine ausreichende Schwimmkompetenz verfügen. In der Schweiz gab es in den Jahren 2016 – 2019 durchschnittlich 45 Todesfälle, in $\frac{3}{4}$ der Fälle waren die Opfer Erwachsene. Die Stadt Solothurn kann sich aufgrund der sehr hohen Gewinne der letzten Jahre einen Gratisentrtritt für alle sicherlich leisten. So wird das Freibad Solothurn dann auch zum „Frei Bad“ für alle.

Der Vorstoss wurde leider mit 14 Nein-Stimmen, gegen 11 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der zweite Vorstoss von der SP Fraktion, Erstunterzeichner Näder Helmy, dreht sich um die Regioenergie. Folgende Forderung wird formuliert: Erarbeitung einer Eignerstrategie für die Regio Energie Solothurn. Die Stadt Solothurn definiert eine Eignerstrategie für ihr städtisches Energiewerk.

Mit folgender Begründung: Die Städtischen Werke Solothurn (SWS) wurden 1994 in ein selbständiges, öffentlich-rechtliches Unternehmen umgewandelt. 2002 wurde aus der SWS die Regio Energie Solothurn, welche zu 100% im Besitz der Stadt ist. Bis anhin hat sich die Regio Energie Solothurn gemäss ihren Statuten im Markt positioniert und strategische Entscheide selbständig erarbeitet. Es fehlt jedoch eine klare Strategie der Eigentümerin, der Stadt Solothurn, für ihr Energieun-

ternehmen. Die Eignerstrategie soll aufzeigen, welche Ziele die Stadt Solothurn als Eigentümerin der Regio Energie, vertreten durch den Gemeinderat, zusammen mit der Unternehmung erreichen und welche im öffentlichen Interesse stehenden Ziele sie verfolgen will. Im Weiteren soll der Umgang mit Zielkonflikten festgelegt werden, welche sich ergeben, sobald sich ein Unternehmen im freien Markt behaupten muss. Die strategischen Vorgaben betreffen wirtschaftliche, ökologische und/oder gesellschaftliche Aspekte, zwischen denen ein Ausgleich gefunden und Prioritäten gesetzt werden sollen. Diese Eignerstrategie darf ausschliesslich Grundsätze und Leitlinien festlegen und ist auf keinen Fall mit der Unternehmensstrategie zu verwechseln, noch soll sie mit dieser in Konkurrenz treten. Diese Grundsätze sollen als Leitlinien bei der Festlegung konkreter Entscheidungen dienen. Bezüglich der Strategie könnten beispielsweise als mögliche Leitlinien formuliert werden:

- Die Regio Energie Solothurn hat sich an den Zielen der eidgenössischen Energiestrategie zu orientieren.
- Die Regio Energie soll vermehrt Bestrebungen in Richtung erneuerbare Energie unternehmen.
- Die 2000-Wattgesellschaft als Leitziel soll im Zentrum der Unternehmenstätigkeit stehen da die Regio Energie zu 100% im Besitze der Stadt ist, ist es unabdingbar, eine solche Strategie zu definieren.

Auf diese Weise kann vermieden werden, dass die Regio Energie Solothurn Ziele und Strategien definiert, welche nicht dem Willen der Eigner entsprechen. Die Eignerstrategie soll klare Leitplanken zur Festlegung der Unternehmensstrategie vorgeben. Sie soll zudem der Bevölkerung und allen



Beteiligten Sicherheit in Bezug auf die unternehmerische Ausrichtung bieten. Die Stadt wird deshalb aufgefordert, den Prozess für eine Eignerstrategie in die Wege zu leiten. Eine solche soll spätestens im Juni 2021 dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Die Motion wird einstimmig erheblich erklärt!

In der Septembersitzung mussten wir leider gleich zwei Demissionen in unserer Fraktion zur Kenntnis nehmen. Moira Walter und Daniel Wüthrich traten zurück. Wir verdanken an dieser Stelle die geleisteten Arbeiten für unsere Fraktion und wünschen alles Gute für die Zukunft. Pierric Gärtner und Rolf Trechsel rutschten somit als neue Ersatzmitglieder nach. Philipp Jenni und Konrad Kocher begrüßten wir als neue ordentliche Mitglieder.

Im Oktober wurden diverse Reglemente angepasst und ein Bericht über die regionalen Sportstätten der Repla diskutiert. Der Bericht soll aufzeigen, welchen Bedarf an Sportinfrastruktur in der Stadt Solothurn vorhanden ist. Dabei wurde erkannt, dass eine weitere Ballsporthalle sinnvoll wäre. Die Studie dazu ist momentan in Bearbeitung. Danach wurden gleich vier Vorstösse der SP behandelt!

Als erstes die Motion von Philippe JeanRichard zum Thema „Hitzeinseln meiden – Schottergärten mindern“, der Vorstoss wird erheblich erklärt und das Anliegen wird in das Baureglement aufgenommen.

Danach kam die Motion von mir und Franziska Roth betr. „Massnahmen zum Erhalt der CIS Sporthallen“, dabei ging es darum, dass die Stadt weiter gegen den jetzigen Eigentümer vorgeht, um den Unterhalt der Halle zu erwirken. Das Anliegen wurde mit 26 Stimmen unterstützt und führt nun zu einer Klage gegen den Eigentümer. Dann wurde ein Postulat von Philippe JeanRichard, Felix Epper und Konrad Kocher betreffend „Umgestaltung und Aufwertung des ‘Roten Platzes’ vor der Baloise Bank SoBa“ diskutiert. Das Postulat wurde einstimmig überwiesen!



Zu guter Letzt behandelten wir noch eine Interpellation von Philipp Jenni zum Thema „Quartiernahe Kindertagesstätte in der Weststadt“ mit folgender Begründung: Kindertagesstätten verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, tragen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und der Familienarmut bei und erhöhen die Bildungschancen von benachteiligten Kindern. Trotzdem sind die Kindertagesstätten in der Stadt Solothurn heute über die Quartiere sehr ungleich verteilt. Insbesondere fehlt eine Kindertagesstätte in der Weststadt (bzw. im Gebiet zwischen der Aare und der Bahnlinie Solothurn-Biel). Dies erstaunt, ist die Weststadt doch ein sehr bevölkerungsreicher Stadtteil mit überdurchschnittlich vielen Kindern. Zudem ist aufgrund der Baulandreserven und der Entwicklung im Weitblick mit einem weiteren Bevölkerungswachstum in der Weststadt zu rechnen. Die zurückhaltende Beantwortung des Stadtpräsidiums befriedigte den Interpellanten nur teilweise. Wir bleiben an dem Thema dran.

An unserer 11. Sitzung wurde über die Kreditvorlagen für das Ferienheim Saanenmöser und die Sanierung des Fussballstadions z.Hd. der Gemeindeversammlung diskutiert. Beiden Krediten wurde grossmehrheitlich zugestimmt. Nur die FDP hätte das Ferienheim am liebsten verscherbelt, da es nicht rentiere. Zum Glück hatte diese Argumentation keine Chance und wir können das Haus nun sanieren, um darin noch viele wertvolle Schullager abhalten zu können. An der gleichen Sitzung haben wir auch auf Intervention der SP Fraktion hin beschlossen, die Gemeindeversammlung nicht physisch abzuhalten. Im Nachhinein der einzig richtige Entscheid, der ohne unsere Fraktion nicht zustande gekommen wäre.


An der letzten Sitzung im Jahr 2020 stand das Agglomerationsprogramm 4. Generation im Zentrum. Das Agglomerationsprogramm (AP) ist das strategische Raum- und Verkehrsplanungsinstrument der Regionalplanungsgruppe espaceSOLOTHURN und des Kantons für die Agglomeration Solothurn. Es schafft die Voraussetzungen und Massnahmen, um die Region als attraktiven Lebens- und Naturraum sowie als Wirtschaftsstandort zu stärken und bildet eine strategische Basis für die räumliche und verkehrstechnische Planung und Entwicklung. Das AP dient zudem als Entscheidungsgrundlage für den Bund, der darauf basierend die Höhe seiner Beiträge zur Mitfinanzierung der im Agglomerationsprogramm enthaltenen Massnahmen beschliesst (20-50%). Der vorliegende Entwurf ist die mittlerweile vierte Generation des Agglomerationsprogramms. Die Stadt Solothurn durfte in der Arbeitsgruppe Einsitz nehmen und hatte so die Gelegenheit, auf die anstehenden, wichtigen Entwicklungen in der Stadt Solothurn – insbesondere in den prioritären Entwicklungsgebieten – aufmerksam zu machen. Bis zum 15. November 2020 fand sowohl die Vernehmlassung der Behörden als auch der Bevölkerung statt.

Abschliessend möchte ich mich bei allen Beteiligten der Fraktion recht herzlich bedanken. Es war einmal mehr ein spannendes Jahr, das eine erfolgreiche Legislatur beendet. Die gute und konstruktive Diskussionskultur in der Fraktion ist sehr motivierend. Nach den Wahlen werde ich mein Amt als Fraktionspräsident nach acht Jahren abgeben. Es war für mich eine sehr lehrreiche Funktion, die ich immer gerne ausgeübt habe.

Matthias Anderegg

SP-BILDUNG I

ein paar Definitionen



Schweiz.


WIR HABEN DAS LETZTE WORT

Das Volk ist der Souverän des Landes, also die oberste politische Instanz.

18

Schweizer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger erhalten mit dem 18. Geburtstag das Stimm- und Wahlrecht.


Auf nationaler Ebene haben die Schweizerinnen erst seit 1971 das Stimm- und Wahlrecht.




An der Landsgemeinde in Appenzell Innerrhoden und in Glarus versammeln sich die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger unter freiem Himmel, um abzustimmen.

Schweizerinnen und Schweizer haben viele Mitbestimmungsrechte und können direkt in die Politik eingreifen, zum Beispiel mit der Lancierung einer Initiative oder eines Referendums.


Es gibt 3 Möglichkeiten, seine Stimme abzugeben:



an der Urne



briefliche Stimmabgabe (am häufigsten genutzt)



E-Voting (in einzelnen Kantonen)

© EDA, PRS 2019 / Quellen: Der Bund kurz erklärt 2019, Bundesamt für Statistik (BFS), Swissvotes, Bundeskanzlei (BK), ch.ch / Mehr auf aboutswitzerland.org

Wie immer, wenn man etwas Neues beginnt, ist es wichtig gewisse Begriffe zu definieren.

Doch welche Begriffe will man für die politische Bildung definieren? Beginnt man mit dem Begriff der Demokratie und Totalitarismus? Ich habe mich nun für die grossen Strömungen und Utopien des 19. und 20. Jahrhundert entschieden, weil die Begriffe in meinen Augen heute immer noch eine grosse Rolle spielen. Selbstverständlich werden wir in so kurzen Definitionen den einzelnen Begriffen nicht gerecht, aber irgendwo muss man ja beginnen:

Konservatismus

Konservatismus ist der Sammelbegriff für politische und geistige soziale Bewegungen, die die Bewahrung der bestehenden oder die Wiederherstellung von früheren gesellschaftlichen Ordnungen zum Ziel haben. Dem Konservatismus liegt der Gedanke einer auf friedliche Evolution hin angelegten politischen und geistigen Kontinuität und einer Orientierung an bewährter, historisch gewachsener Tradition zugrunde.

Liberalismus

Der Liberalismus ist eine Grundposition der politischen Philosophie und eine historische und aktuelle Bewegung, die eine freiheitliche politische, ökonomische und soziale Ordnung anstrebt. Leitziel des Liberalis-

mus ist die Freiheit des Individuums vornehmlich gegenüber staatlicher Regierungsgewalt. Er richtet sich daher gegen Staatsgläubigkeit, Kollektivismus, Willkür und den Missbrauch von Macht.

Konservatismus

Der Sozialismus ist eine der im 19. Jahrhundert entstandenen drei grossen politischen Ideologien neben dem Liberalismus und Konservatismus. Es gibt keine eindeutige Definition des Begriffs. Er umfasst eine breite Palette von politischen Ausrichtungen. Sozialisten betonen im Allgemeinen die Grundwerte Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Anarchismus

Anarchismus ist eine politische Ideenlehre und Philosophie, die Herrschaft von Menschen über Menschen und jede Art von Hierarchie als Form der Unterdrückung von Freiheit ablehnt. Dieser wird eine Gesellschaft entgegengestellt, in der sich Individuen auf freiwilliger Basis selbstbestimmt und föderal in Kollektiven verschiedener Art wie Kommunen als kleinster Einheit des Zusammenlebens, Genossenschaften und Syndikaten als Basis der Produktion zusammenschließen.

Kommunismus

Kommunismus ist ein politisch-ideologischer Begriff mit mehreren Bedeutungen: Er bezeichnet erstens gesellschaftstheoretische Utopien, be-

ruhend auf Ideen sozialer Gleichheit und Freiheit aller Gesellschaftsmitglieder, auf der Basis von Gemeineigentum und kollektiver Problemlösung.

Sozialdemokratie

Sozialdemokratie ist eine politische Bewegung und politische Ideologie der Linken, die sich selbst – einmal mehr, einmal weniger stark ausgeprägt – als Form eines reformistischen demokratischen Sozialismus betrachtet. Die Sozialdemokratie setzt sich nach ihrem heutigen Selbstverständnis mit demokratischen und sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlichen Mitteln für eine sozial gerechte Gesellschaft ein

Kapitalismus

Kapitalismus bezeichnet zum einen eine spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zum anderen eine Epoche der Wirtschaftsgeschichte. Die zentralen Merkmale sind in Anbetracht des historischen Wandels und der zahlreichen Kapitalismusdefinitionen sowie ideologischer Unterschiede umstritten. Allgemein wird unter Kapitalismus eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und einer Steuerung von Produktion und Konsum über den Markt (Marktwirtschaft) beruht.

Faschismus

Der Faschismus ist ein Sammelbegriff für stark nationalistische, nach dem Führerprinzip organisierte antiliberalen und antimarxistischen Bewegungen, Ideologien oder Herrschaftssysteme, die seit dem Ersten Weltkrieg die parlamentarischen Demokratien abzulösen suchten.

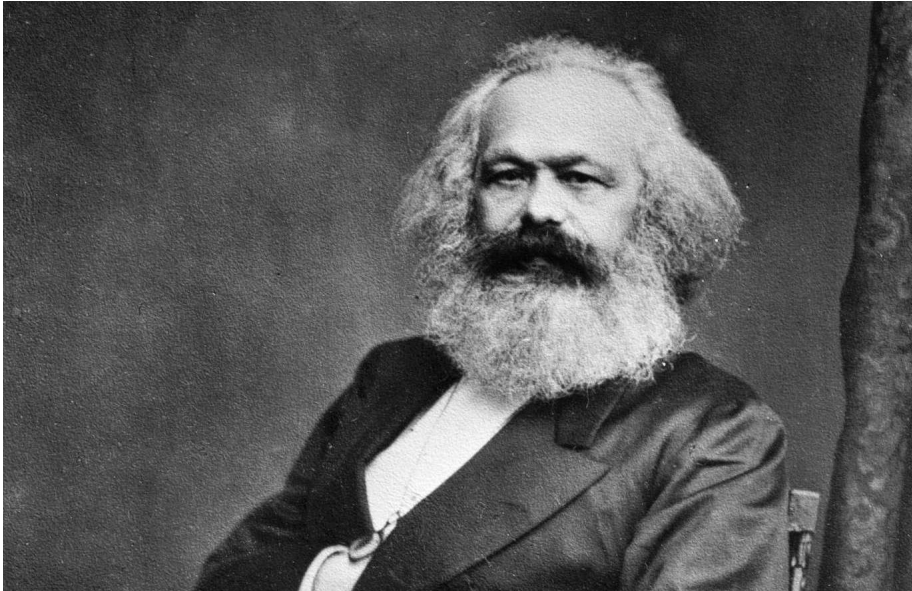
Nationalismus

Der Nationalsozialismus ist eine radikal antisemitische, rassistische, nationalistische, völkische, sozialdarwinistische, antikommunistische, antiliberalen und antidemokratische Ideologie. Seine Wurzeln hat er in der völkischen Bewegung. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Faschismus zu einer eigenständigen politischen Bewegung im deutschsprachigen Raum.

Pierric Gärtner

SP-BILDUNG II

Karl Marx zur sozialen Ungleichheit und der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus



Dieser Text ist ein Versuch, auf Marx' ökonomische Perspektive, insbesondere auf die von ihm genannten Ursachen und Folgen der Kapitalakkumulation, einzugehen.

Marx anerkannte den Wert der gewaltigen Produktivitätsfortschritte, welche durch die zunehmend kapitalistische Produktionsweise ausgelöst wurden. Diese ungeheuren neuen ökonomischen Produktivkräfte hatten aus seiner Sicht, wenn sie bewusster eingesetzt werden, ungeheures emanzipatorisches Potential, um den Menschen eine wesentlich grössere individuelle Freiheit zu ermöglichen.

Im System einer vorwiegend kapitalistischen Produktionsweise führt aber deren unbewusste gesellschaftliche Entwicklung dazu, dass die Menschen dem Wirken dieser Kräfte zunehmend unterworfen werden. Es findet eine Entfremdung der ArbeiterInnen voneinander, von sich selbst, von ihrer Arbeit und den Früchten dieser Arbeit statt. Die scheinbar der Vernunft nicht zugänglichen Bewegungen der Produktivkräfte können deshalb auch in Form von Krisen,

Naturgewalten gleich, über sie hereinbrechen. Nach Marx war darum die kapitalistische Produktionsweise eine absolut notwendige Entwicklungsstufe, die schliesslich ebenso notwendig überwunden werden muss. Ein Ende der Geschichte sah er in den ökonomischen Strukturen des Kapitalismus keinesfalls, im Gegenteil. Erst jetzt war die ökonomische Möglichkeit gegeben, damit die Menschheit bewusst die Zukunft gestalten kann. Diese Erkenntnisse und das entsprechende Bewusstsein zu vermitteln, war letztendlich das Ziel seiner Analyse.

Die bereits seit längerem wieder stark zunehmende soziale Ungleichheit, welche sich in der aktuellen Pandemie noch einmal deutlich verschärft hat, ist letztendlich eine natürliche Folge der Kapitalakkumulation, welche von den beiden Weltkriegen zeitweilig stark gebremst und teilweise sogar zurückgeworfen wurde, sich abgesehen davon aber stets weiterentwickelt hat. Das mal stärkere und mal schwächere staatliche regulatorische Eingreifen in diese Prozesse, welches immer wieder

und notwendigerweise stattfinden musste, um bspw. die öffentliche Grundversorgung mit einigen grundlegenden gesellschaftsrelevanten Gütern vor den Unsicherheiten des Marktes zu schützen, oder Monopole zu verhindern mit dem Ziel, ein Mindestmass an ökonomischem Wettbewerb am Leben zu erhalten, hat diese Akkumulationsprozesse zwar ebenfalls stets leicht gebremst, sie aber nie vollständig aufgehalten. Ein Kapitalismus in Reinkultur hat jedoch nie existiert. Trotzdem können Marx' Analysen sehr hilfreich sein, um einige Mechanismen zu verstehen, welche zur Krisenanfälligkeit des real existierenden Kapitalismus beitragen.

Die Akkumulation von Kapital erfolgt durch die Wiederverwendung eines Teils des Mehrwerts zusätzlich zum ursprünglichen Kapital im so erweiterten Produktionsprozess, und der steten Wiederholung dieser Erweiterung in folgenden Produktionsprozessen. Das Kapital wächst bzw. akkumuliert dadurch fortwährend. So hat Geld, durch die Erarbeitung eines absolut stets grösser werdenden Mehrwerts, scheinbar die Fähigkeit Kinder zu machen. Doch woher kommt der Mehrwert? Er kommt nach Marx grundsätzlich eben nicht durch einen einfachen Preisaufschlag, geschicktere Rohstoffbeschaffung oder Verkaufstalent. Der Warenkäufer muss letztendlich nicht übers Ohr gehauen werden, sondern kann im Durchschnitt den tatsächlichen Wert des Produktes bezahlen und trotzdem dem Besitzer der Produktionsmittel einen Mehrwert generieren.

Der Mehrwert entsteht durch die geleisteten Arbeitsstunden, und damit meint Marx die zur Herstellung eines bestimmten Produktes durchschnittlich gesellschaftlich

notwendige Arbeitszeit, deren Preis jedoch höher ist als der Preis, der bezahlt werden muss, um die dafür notwendigen Arbeitskräfte entsprechend den kulturellen und sozialen Mindeststandards am Leben zu erhalten.

Der Arbeiter bekommt, so Marx, den Wert zur Erhaltung seiner Arbeitskraft und nicht die tatsächlich geleistete Arbeitszeit vergütet. Im Preis des Produktes ist diese Arbeitszeit aber sehr wohl eingerechnet. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, und ihr Preis stellt den Warenwert dar. Währenddessen benutzt der jeweilige Arbeitgeber diese Arbeitskraft zu ihrem Gebrauchswert. Dies bedeutet, dass er den Arbeiter, um einen Mehrwert zu generieren, länger arbeiten bzw. mehr Wert schaffen lassen muss, als zu seiner eigenen Erhaltung (Warenwert), bzw. erneuten Bezahlung notwendig ist. Dies bedeutet, dass der Arbeiter immer etwas mehr Arbeitszeit leisten muss, als seine Arbeitskraft umgerechnet in durchschnittlicher gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit wert ist. Diese Gratisarbeit gehört dem Kapitalisten und bildet die Quelle seines Mehrwerts. Würde er auf diesen Mehrwert verzichten, indem er die Arbeitszeit und nicht nur den Wert der Arbeitskraft vollständig bezahlt, würde er aufhören Kapital zu akkumulieren. Dies würde u. a. bedeuten, dass er seine Produktion nicht erweitern kann und gesellschaftliche Produktivitätsfortschritte nicht nachvollziehen kann. Die Folge davon wäre, dass er bereits sehr schnell nicht mehr konkurrenzfähig wäre, da er es nicht mehr schafft seine Produkte mit der durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit herzustellen. Seine

Produkte wären also, selbst wenn qualitativ gleichwertig, teurer als notwendig.

Das Problem dieser Geschichte besteht für den Arbeiter darin, dass er zwar seine Arbeitskraft erhalten kann, jedoch nie in der Lage sein wird, in nennenswerter Weise Vermögen zu akkumulieren und dadurch selbst zum Besitzer von Produktionsmitteln, und somit zum Kapitalisten werden zu können (Die meisten kennen wahrscheinlich diesen Sachverhalt aus eigener Erfahrung, selbst wenn sie nicht als ArbeiterInnen in irgendeiner Industrie tätig sind).

Da durch die kapitalistische Produktionsweise, ohne Einschränkung durch die Politik, in erster Linie die Bedürfnisse des Kapitals, welches stets nach rentablen Investitionsmöglichkeiten sucht, befriedigt werden müssen, kommen die Bedürfnisse der Menschen oft zu kurz. Lange nicht alles was Profit generiert ist gesellschaftlich nützlich. Zu kurz kommen vor allem die Bedürfnisse von Menschen ohne Kaufkraft. Diese generieren nämlich keine Nachfrage im marktwirtschaftlichen Sinn. Darüber hinaus bedeutet das blinde Spiel der Marktkräfte eine ungeheure Verschwendung von Ressourcen, da es immer wieder nach expansiven Wirtschaftsphasen mit irgendeiner Form von Überproduktion zu kontraktiven Phasen kommen muss, deren Opfer die ArbeiterInnen sind, welche letztendlich mit ihrer Arbeit jenen Mehrwert generierten, der sie in Krisenzeiten im Stich lässt, um neue Anlagemöglichkeiten zu suchen. Dass die Bedürfnisse des Kapitals nach Mehrwert tendenziell kurzfristig befriedigt werden wollen

und können, ohne dass eine nachhaltige und soziale Ökonomie betrieben wird, hat sich überdeutlich gezeigt. Das zentrale Problem, welches mit den genannten negativen Effekten im Zusammenhang steht, scheint - und deshalb war Marx der Überzeugung, dass der Kapitalismus notwendigerweise überwunden wird - die zunehmende extreme soziale Ungleichheit durch fortwährende Akkumulation, begleitet von einer stetig sinkenden Profitrate, welche schliesslich durch Konzentrationsprozesse zu einem gigantischen Monopol auf der einen Seite und einer total verarmten ArbeiterInnenschaft auf der anderen Seite führt.

Diese zunehmende Akkumulation von Kapital führt letztendlich, auch im Sinne von Marx' Entfremdung, zu derart grossen Machtungleichgewichten, dass diese mit einer wirklich demokratischen Gesellschaftsordnung nicht mehr vereinbar sind. Dies bedeutet aktuell, dass immer mehr zentrale ökonomische Lebensbereiche, sich unter den herrschenden ökonomischen Strukturen faktisch kaum mehr durch eine gleichberechtigte demokratische Partizipation beeinflussen lassen. Dass die kapitalistische Produktionsweise sich länger gehalten und entwickelt hat als Marx vermutete, liegt u.a. auch daran, dass dieser Kapitalismus immer wieder stark eingeschränkt wurde und nie in Reinform existiert hat. Es bedeutet jedoch nicht, dass seine Analyse falsch und für unser politisches Handeln nicht hilfreich sein kann.

Christian Baur

A large, stylized handwritten signature of Karl Marx in black ink, written in a cursive script.

AUS DER SEKTION



Pierric Gärtner

Ich stelle mich für das Parteipräsidium zur Verfügung, weil ich den eingeschlagenen Weg des Ressortsystem weiterverfolgen möchte. Dabei möchte ich drei Schwerpunkte priorisieren.

1. Vernetzung: zur Parteibasis, zur Fraktion, zu den anderen Stadtparteien, zur Amtei- und zur Kantonalpartei.
2. Kommunikation: verstärkte Medienarbeit, verstärkte digitale Kommunikation und eine rege parteiinterne Kommunikation.
3. Digitalisierung: Arbeitsinstrumente und Informationsablage-systeme sollen sinnvoll digitalisiert werden, um den Aufwand zu reduzieren.

Sobald die epidemiologische Lage es zulässt, soll der Austausch wieder vermehrt physisch stattfinden. Da ist die digitale Kommunikation kein vollwertiger Ersatz.



Annina Helmy

Die Vorstandsarbeit im letzten Jahr hat mir unglaublich viel Freude bereitet. Teil des Wahlausschusses zu sein und mitzuhelfen die Gemeinde-

ratswahlen zu organisieren, hat mich noch mehr motiviert, politisch aktiv zu bleiben und mich weiterhin zu engagieren. Ich bin zwar jung, aber habe ganz viel Energie mitanzupacken und mich aktiv in der Partei einzubringen. Ich würde mich unglaublich freuen, wenn ich mich als Co-Vizepräsidentin weiterhin im Vorstand einbringen darf. Die partei-interne Kommunikation liegt mir sehr am Herzen und freue mich jetzt schon auf viele Diskussionen, Gespräche und einfach gemütliches Beisammensein an zukünftigen Parteiversammlungen.



Doris Schaeren

Es hat mich sehr gefreut, dass ich bei den Kantonsratswahlen, sowie bei den Gemeinderatswahlen ein gutes Resultat erzielt habe. Da ich ja noch relativ neu in die aktive Politik eingestiegen bin, ist das für mich quasi «mein persönlicher Wahlerfolg».

Dies motiviert mich, weiterhin für den Vorstand zu arbeiten. Als die Anfrage im Vorstand kam, wer zusammen mit Annina Helmy das Vizepräsidium übernehmen möchte, habe ich zuerst nicht an mich gedacht. Nach längerem Überlegen fand ich aber, dass es ganz gut passt, wenn in der Geschäftsleitung generationenübergreifend gearbeitet werden kann.

Ich würde mich deshalb sehr freuen, mich intensiver für die Anliegen der SP und für ein soziales und lebendiges Solothurn einsetzen zu dürfen.

Vorstandszusammensetzung

Der Vorstand wird aufgemischt! Pierric Gärtner stellt sich als Präsident zur Wahl, Annina Helmy und Doris Schaeren als Co-Vizepräsidentinnen, Fabian Hosner als Kassier und Angela Petifi und Niels Kruse als neue Vorstandsmitglieder. Ruth Meyer, Sibylle Berberat, Simon Mathys und Anna Rüefli stehen zur Wiederwahl. Lea Wormser verabschiedet sich auf diese Generalversammlung aus dem Vorstand. Wir bedanken uns für Dein langjähriges Engagement und deine Arbeit, liebe Lea.

Fabian Hosner

ITler auf neuen Pfaden...

Viele von euch kennen mich innerhalb der SP aus der Sparte IT – lange Jahre habe ich den Webauftritt der SP Kanton Solothurn und seit ich im Vorstand bin auch jenen der Stadt Solothurn betreut. Damit ist jetzt Schluss – Home Page, Facebook, Twitter und Co. gebe ich weiter an die nächste Generation. Ich freue mich nun darauf (meine Wahl vorausgesetzt), mich mit Hilfe unserer aktuellen und sehr kompetenten Kassierin Sibylle Berberat in die Finanzen der SP Stadt Solothurn einzuarbeiten und ein ganz anderes Gebiet unserer Partei kennenzulernen.



Angela Petifi

Mir ist es wichtig, mich für die SP Stadt Solothurn und ihre Themen zu engagieren und ich habe Lust darauf, gemeinsam mit tatkräftigen Menschen etwas zu erreichen.

Ich nehme den Vorstand der SP Stadt Solothurn als aktives und motiviertes Team wahr, weshalb ich mich freuen würde, dort mitzuwirken.

Gerne schreibe ich etwas zu meiner Person: Ich wohne mit meiner Tochter Elaine, meinem Partner Christian und unseren drei Meerschweinchen an der Türmlihausstrasse und bin als Lehrerin auf der Sekundarstufe I tätig. Ich unterrichte Geschichte, Französisch und Musik und kann behaupten, dass alle drei Bereiche

grosse Leidenschaften von mir sind.

Sei es im Privaten oder in der Öffentlichkeit, politisch aktiv zu sein war und ist in meinem Leben eine Selbstverständlichkeit.

Niels Kruse

Ciao zämme, ich bin Niels, 31 Jahre alt, vormals der Campaigner für die Kantonsratswahlen und jetzt Parteisekretär für die SP Kt. Solothurn. Ich bin ein politischer Mensch, weil

ich Gewalt gegen Unschuldige und Apathie von ganzem Herzen ablehne. Zusätzlich hege ich eine innige Abneigung gegen alles «s'isch scho immer eh so gsy»-Verwandte, das vor allem im bürgerlichen Teil der Stadt Solothurn sein Unwesen treibt.

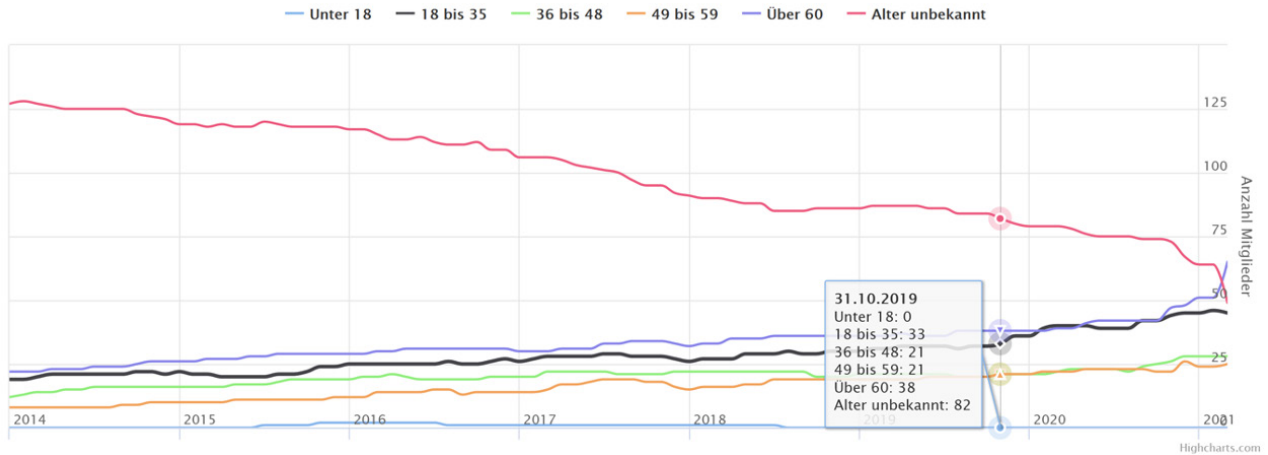
Ich setze mich gegen Egoismus und gegen Egoisten in unserer Gesellschaft ein. Wer mobbt, nach unten tritt oder sich asozial verhält, gegen den engagiere ich mich privat und po-

litisch. Wir als Gemeinschaft sollten die Schwachen stärken und den Hilflosen Hilfe anbieten, ohne Wenn und Aber. Ich bewundere engagierte Menschen, Menschen, die sich in ihrer Freizeit für linke Ziele einsetzen. Deshalb habe ich es mir zu meiner Aufgabe gemacht, dieses Engagement zu ermöglichen, zu unterstützen und zu leiten... gerne auch im Vorstand der SP Stadt Solothurn.



Mitgliederentwicklung SP Stadt Solothurn 2013-2020

Nach Alter



Die Bewirtschaftung der Datenbank hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert, dies zeigt sich an der deutlichen Abnahme

derjenigen Mitglieder, von denen kein Geburtsdatum vorliegt. Die Altersverteilung ist verhältnismässig ausgeglichen, besonders erfreulich finden wir

den Zuwachs bei den 18- bis 35-Jährigen.

Nach Mitgliedschafts-Typ

Ende Jahr	Total	SP	SP/Juso	Sympis	Austritte Total / Alter / Sektionswechsel	Eintritte Total / neu / Sektionswechsel
31.12.13	188	186	2	18		
31.12.14	193	191	2	20		
31.12.15	204	199	5	19		
31.12.16	197	191	6	17		
31.12.17	187	181	6	27		
31.12.18	192	185	7	26	7 / 1 / 3	13 / 9 / 4
31.12.19	195	187	8	27	7 / 2 / 2	12 / 6 / 6
31.12.20	212	207	5	29	14 / 4 / 5	30 / 19 / 11

Die sinkenden Mitgliederzahlen im Jahr 2017 können damit erklärt werden, dass die Mitgliederdatenbank bereinigt wurde. Interessant ist, dass jeweils vor den Wahlen ein Mitglieder-Anstieg verzeichnet werden kann.

Im Jahr 2020 zählte die Sektion 10% mehr Mitglieder als 2019, ein stolzer Zuwachs. Mit diesen Zahlen haben wir eine gute Ausgangslage.

Seit 2018 werden die Mutationen detaillierter erfasst. Die Sektions-

wechsel nahmen in diesen drei Jahren deutlich zu – die Mobilität hat offenbar zugenommen. 2020 haben die Neueintritte sprunghaft zugenommen, dies spricht für eine attraktive SP Stadt Solothurn.

Der Vorstand und der Wahlausschuss möchten sich bei allen Kandidat*innen auf der SP-Liste bedanken. Mit dem überdurchschnittlichen Engagement habt ihr das Resultat der Liste erstermöglichst. Den neu Gewählten gratulieren wir herzlich! Den Abgewählten und Nichtgewählten Kandidat*innen möchten wir unseren besonderen Dank aussprechen, denn ihr habt erst das gute Resultat der Liste ermöglicht. Es gilt: eine Wahl ist immer eine Teamleistung!



AGENDA

Termine

Dienstag 18.05.2021:
Gemeinderat

Samstag, 22.05.2021: Standaktion auf dem Märet

Mittwoch, 22.05.2021:
Generalversammlung

Sonntag, 13.06.2021:
Stadtpräsidiumswahlen

Mittwoch, 16.06.2021:
Parteiversammlung

Freitag, 02.07.2021:
Sommeranlass

Interessantes in der Stadt

ONLINE: 43. Solothurner Literaturtage

14. Mai 2021 bis 16. Mai 2021

Aufgrund der Covid-19-Pandemie finden die 43. Solothurner Literaturtage als Online-Festival statt. Je nach den geltenden Massnahmen zur Eindämmung der

Covid-19-Pandemie können auch Veranstaltungen vor Ort besucht werden. Alle Veranstaltungen sind online zugänglich. Sie werden live aus Solothurn als Video- oder Audio-Veranstaltung auf www.literatur.ch gestreamt.

«Jubiläumsführung» Solothurn zeigt Flagge

Einzelführung je 17:30 - 19:00 Uhr am 5.5., 27.5. und am 11.6.2021. Weitere Infos: www.2000-jahre-solothurn.ch/

Frauen*streik, 14. Juni 2021

Für alle Mitstreikenden, Teilnehmer*innen und solidarischen Menschen zum Vormerken:

Am 14. Juni 2021 treffen wir uns ab 15 Uhr in der Solothurner Altstadt und bestreiken gemeinsam die unterschiedlichsten Ungerechtigkeiten, denen wir in diesem patriarchalen System tagtäglich begegnen. Genauere Angaben betreffend Ort und Aktivitäten folgen in Kürze. Es wird sicher wild, bunt, laut, vielseitig, unbequem und natürlich coronakonform!

www.fem-so.ch

Quartierverein Weststadt

Das Quartiertelefon 079 944 77 69 ist am Di- und Mi-Nachmittag von 14 bis 17 Uhr bedient.

Brauchst du Auskünfte zum Quartier und den Angeboten der Stadt Solothurn oder möch-test schlicht

ein Gespräch führen? Gehörst du zur Risikogruppe oder befindest dich aktuell in Quarantäne / Isolation und brauchst Hilfe im Alltag (Einkäufe, Botengänge zur Post, Tierbetreuung)? Hast du Zeit und möchtest etwas für deine Nachbar*innen tun? Ruf den Quartierverein Weststadt an!

Spazio Stammtisch Integration

Immer am letzten Mittwoch vom Monat ab 17 Uhr im Alten Spital Solothurn

Der Stammtisch dient als Infoplattform für bereits bestehende Angebote und Projekte. Ebenso können am Stammtisch neue Ideen diskutiert werden, oder man lässt sich von anderen Projekten inspirieren. Schliesslich ist der Stammtisch auch einfach ein Treffpunkt für Menschen, die sich engagieren und andere Menschen treffen wollen. Der Stammtisch steht allen offen – ohne Anmeldung, einfach vorbeischauchen.

Impressum «transparent»

Erscheint mindestens vierteljährlich als Mitgliederzeitung

Auflage: 260

Herausgeberin: SP Stadt Solothurn

Gestaltung: Annina Helmy

Redaktion: Geschäftsleitung SP Stadt Solothurn

Kontakt zur SP: info@spstadtso.ch

Online: www.spstadtso.ch

STANDPUNKT

Starke Unternehmen - Starke Stadt

Liebe Solothurnerinnen und Solothurner, liebe Leserinnen und Leser

Solothurn bietet heute über 20`000 Arbeitsplätze und diese sind mit über 86 Prozent im Dienstleistungssektor angesiedelt. Noch vor 50 Jahren war Solothurn eine Industriestadt. Die Deindustrialisierung nahm in den 1970-er Jahre ihren Lauf, die Ursachen dieser Entwicklung lassen sich im Buch «Stadtgeschichte Solothurn 19. und 20. Jahrhundert» eindrücklich nachlesen.

Der Umbau zu einer Dienstleistungsstadt wurde von den Verantwortlichen gezielt gefördert, unter anderem gehört dazu der Ausbau des Tourismussektors, was zu einer Erfolgsgeschichte wurde. Daneben gehören gewerblichen Betriebe verschiedenster Grössen zum wirtschaftlichen Rückgrat unserer Stadt. Sie bieten Arbeits- und Ausbildungsplätze an und generieren unverzichtbare Steuereinnahmen.

Ein ehemaliger Schüler von mir ist heute Mitinhaber eines kleinen Betriebes im Bereich der Metallindustrie. Gestartet ist dieser Betrieb 2003 mit zwei Mitarbeitenden, heute sind es deren acht. Es gibt weit grössere Betriebe in unserer Stadt, die weit mehr Arbeitsplätze bieten und äusserst wichtig sind, doch jeder einzelne geschaffene Arbeitsplatz ist für unsere Stadt ein Gewinn und für jemanden ganz konkret eine Lebensgrundlage. Der ausgewogene Mix aus In-

dustrie, Gewerbe und Dienstleistungen ergibt letztlich das, was unsere Stadt ausmacht. Alles ist in hoher Qualität und in der Nähe verfügbar und erreichbar.

Als Schulleiterin weiss ich um die Wichtigkeit der Industrie- und Gewerbebetriebe, die Lehrstellen anbieten. Gute Ausbildungsbetriebe sind für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und als Partner des Bildungssektors ein entscheidender Faktor. In der Praxis beobachte ich, wie diese Aufgabe mit grosser Verantwortung und Engagement und mit grosser Selbstverständlichkeit ausgefüllt wird. Die jungen Menschen werden ohne viel Aufhebens und unter Einsatz von personellen Ressourcen in die Arbeitswelt und in unsere Gesellschaft eingeführt. Speziell in Zeiten der Pandemie spüre ich die Dringlichkeit, dass wir genügend Lehrbetriebe haben. Jugendliche fürchten um ihre Zukunft und sie sind verunsichert, ob sie eine Lehrstelle finden werden. Es wird in den kommenden Monaten zusätzlicher Anstrengungen und Anreize bedürfen, damit möglichst viele Betriebe auch weiterhin Lehrstellen anbieten können. Nicht zu vergessen sind die Menschen, die etwas mehr Begleitung und Betreuung brauchen. Hier setzt die soziale Verantwortung der Betriebe einen gesellschaftlichen, solidarischen Auftrag um.

Die Stadt Solothurn ist keine Insel. Regionale und überregionale Zusammenarbeit auf



Augenhöhe werden in Zukunft noch wichtiger sein. Wir haben uns auch als Teil einer Region und eines Kantons zu verstehen, welcher all die vielfältigen Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene in gemeinsamer Verantwortung mit seinen Partnern pflegt. Als Wirtschaftsstandort, aber auch als Kulturstadt haben wir eine gesunde Balance zwischen Innen und Aussen zu finden. Die vielfältigen Bedürfnisse und Ansprüche der Menschen unserer Stadt und möglichst gute Rahmenbedingungen für Industrie und Gewerbe bilden zusammen mit hohen ökologischen Ansprüchen eine gesunde Grundlage für eine erfolgreiche Stadtentwicklung.

Die kommenden Herausforderungen werden wir nur gemeinsam und mit solidarischem Handeln bewältigen können, sei es im engsten sozialen Kreis der Angehörigen, im Quartier, in der Stadt, in der Region oder im Kanton!

Herzlichst
Stefanie Ingold